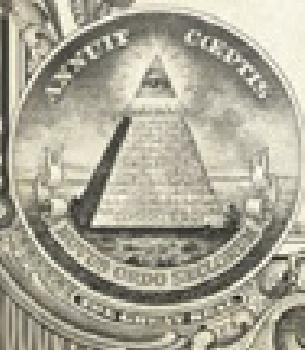


NOAM
CHOMSKY

REQUIEM
FÜR DEN
AMERIKANISCHEN
TRAUM

DIE 10 PRINZIPIEN
DER KONZENTRATION VON
REICHTUM UND MACHT



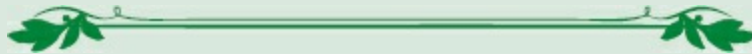
KUNSTMANN

Für Powell auf der rechten Seite lautete die Devise: »Wir haben das Geld, wir sind die Treuhänder, wir sorgen für Disziplin.« Die Liberalen mochten für sanftere Methoden eintreten, verfolgten aber dasselbe Ziel. Die Trilaterale Kommission kam zu dem Schluss, die Medien seien außer Kontrolle geraten, und wenn sie sich weiterhin so unvernünftig verhielten, müsste der Staat sie eben an die Kandare nehmen. Dabei weiß jeder, der die damalige Medienlandschaft kennt, wie hoffnungslos angepasst sie war. Doch für die Liberalen, nicht immer ihrem eigenen Leitbild treu, war das alles zu viel.

Auffällig ist, dass eine Interessengruppe in ihrer Studie nie erwähnt wird – die Privatunternehmer. Das ist auch nachvollziehbar, verstehen sich doch die Privatunternehmer nicht als Vertreter eigener Interessen, sondern als Verkörperung der nationalen Interessen schlechthin. Somit ist für sie alles in bester Ordnung. Sie dürfen ruhig Lobbyisten beschäftigen, Wahlkampagnen finanzieren, ihren Leuten Regierungsposten verschaffen, Entscheidungen treffen, während alle anderen, die Interessengruppen, die Allgemeinbevölkerung, kleingehalten werden müssen.

Soviel zum politischen Spektrum. Das ist in etwa der ideologische Überbau der Gegenreaktion. Aber der wirklich große Gegenschlag, der mit dem hier geschilderten parallel lief, war die Umgestaltung der Wirtschaft.

POWELL MEMORANDUM UND ANDERE QUELLEN



Lewis F. Powell Jr., *Powell Memorandum*, 1971

Dimensionen des Angriffs

Kein denkender Mensch kann sich der Erkenntnis verschließen, dass das Wirtschaftssystem der USA auf breiter Front angegriffen wird. Diese Angriffe unterscheiden sich in Umfang, Intensität, den eingesetzten Mitteln und im Maß ihrer Sichtbarkeit ...

Ursprünge des Angriffs

Die Ursprünge sind vielfältig, und die Angriffe erfolgen aus den verschiedensten Richtungen. Wie zu erwarten, kommen sie aus den Reihen der Kommunisten, der Neuen Linken und anderer Revolutionäre, die bestrebt sind, das gesamte System der Politik und Wirtschaft zu zerstören. Diese Extremisten der Linken sind viel zahlreicher, besser finanziert und erfahren mehr Ermunterung und Unterstützung aus der Gesellschaft als jemals zuvor in unserer Geschichte. Aber sie bleiben eine kleine Minderheit, und sie sind noch nicht der Hauptgrund zur Sorge.

Am besorgniserregendsten unter den Stimmen, die sich dem Chor der Kritiker anschließen, sind diejenigen, die aus absolut respektablen Kreisen der Gesellschaft kommen: Von den Universitäten, den Kanzeln, den Medien, den intellektuellen und literarischen Zeitschriften, den Künsten und Wissenschaften und von Politikern. In den meisten dieser Gruppierungen beteiligt sich nur eine Minderheit an der gegen das System gerichteten Bewegung. Dies sind allerdings gerade jene, die sich am

deutlichsten, lautstärksten und häufigsten in Schrift und Wort äußern ...

Der Ton des Angriffs

... Der womöglich einflussreichste Widersacher der amerikanischen Wirtschaft ist Ralph Nader, der – zum großen Teil dank der Medien – längst eine Legende und ein Idol für Millionen Amerikaner geworden ist. In einem jüngst in der Zeitschrift *Fortune* erschienenen Artikel heißt es über Nader: »Die Leidenschaft, die ihn beherrscht – und er ist ein leidenschaftlicher Mensch –, ist darauf gerichtet, das Ziel seines Hasses, die Macht der Konzerne, vollkommen zu zerschmettern ...«

Die Apathie und Nachlässigkeit der Wirtschaft

... Die amerikanische Wirtschaft [ist] »wirklich in der Klemme«; die Reaktion auf die breite Front der Kritiker zeigt keine Wirkung und besteht teilweise bloß aus Beschwichtigungen; es ist Zeit – allerhöchste Zeit – die Weisheit, den Einfallsreichtum und die Ressourcen der amerikanischen Wirtschaft gegen jene zu mobilisieren, die sie zerstören wollen.

Die Verantwortung der Unternehmensführer

... Das mit Abstand Wichtigste für Unternehmer ist die Erkenntnis, dass es letztendlich ums Überleben geht – um das Überleben des freien Unternehmertums und all dessen, was es für die Stärke und den Wohlstand Amerikas und die Freiheit unseres Volkes bedeutet.

Eine aggressivere Haltung

Es wird Zeit, dass die amerikanische Wirtschaft – die in unübertroffener Weise in der Lage ist, Konsumentenentscheidungen zu produzieren und zu beeinflussen – ihre großen Talente mit Nachdruck zur Bewahrung des Systems einsetzt.

Die Krise der Demokratie: Bericht an die Trilaterale Kommission zur Regierbarkeit von Demokratien, 1975

Die Lebendigkeit und Regierbarkeit der amerikanischen Demokratie

Die 1960er-Jahre erlebten eine dramatische Erneuerung des demokratischen Geistes in Amerika. Zu den vorherrschenden Trends dieser Dekade gehörten die Kritik an der Autorität etablierter Institutionen von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, die verstärkte Beteiligung der Bevölkerung in diesen Institutionen und die Kontrolle darüber, eine Bewegung gegen die Konzentration von Macht in der Exekutive der Bundesregierung und zugunsten der Wiederherstellung der Befugnisse des Kongresses und der Regierungen der Bundesstaaten und auf lokaler Ebene, eine Rückbesinnung auf die Idee der Gleichheit aufseiten der Intellektuellen und anderer Eliten, die Entstehung von Lobbygruppen, die sich dem »öffentlichen Interesse« verschrieben, verstärktes Bewusstsein für die Rechte von Minderheiten und Frauen und der Einsatz für ihre Teilhabe an Politik und Wirtschaft sowie eine durchgängig kritische Haltung gegenüber allen, die über besonders viel Macht oder Reichtum verfügen oder von denen man dies annahm. Der Geist des Protests und der Gleichheit sowie der Drang, Ungerechtigkeiten aufzudecken und zu korrigieren, prägten das Land. Die Themen der 1960er-Jahre knüpfen an die demokratischen Reformbestrebungen von Andrew Jackson und die Skandalisierung von Missständen durch die Progressiven um 1900 an; sie verkörperten Ideen und Haltungen, die tief in der amerikanischen Tradition verwurzelt sind, die aber normalerweise nicht mit solcher leidenschaftlichen Intensität und Entschlossenheit verfolgt werden, wie es in jener Zeit der Fall war. Diese Dekade stellte die Lebendigkeit der demokratischen Idee unter Beweis. Es war eine Dekade, in der Demokratie und das demokratische Gleichheitsprinzip verstärkt Geltung beanspruchten ...

In den 1960er-Jahren kam es natürlich auch verstärkt zu anderen Formen der Bürgerbeteiligung wie Protestmärschen, Demonstrationen, Protestbewegungen, gesellschaftlichem Engagement (Beispiele sind *Common Cause*, eine Gruppe, die sich der Förderung von Transparenz verschrieben hat, auf Verbraucherschutz fokussierte Nader-Gruppen und Umweltschützer). Die Ausweitung der Beteiligung quer durch die Gesellschaft drückte sich auch im deutlich höheren Selbstbewusstsein der Schwarzen, der amerikanischen Ureinwohner, der Amerikaner mexikanischer Abstammung, der Studenten und Frauen aus – sie alle wurden aktiv und fanden neue Organisationsformen, um sich ihren angemessenen Anteil an der Bewegung und dem, was es zu gewinnen galt, zu sichern ... Zuvor passive und unorganisierte Gruppen der Bevölkerung erhoben nun verstärkt ihren Anspruch auf berufliche Chancen, Positionen, Belohnungen und Privilegien, zu denen sie sich zuvor nicht berechtigt gefühlt hatten ...

Der Verfall der Regierungsautorität

... Das Wesen der Demokratiewelle der 1960er-Jahre war eine allgemeine Kritik an der herrschenden öffentlichen wie privaten Autorität. In der einen oder anderen Form manifestierte sich diese Kampfansage in der Familie, der Universität, der Wirtschaft, in öffentlichen und privaten Gruppierungen, der Politik, der Bürokratie und im Militär. Die Menschen waren weniger bereit, jenen zu gehorchen, die sie zuvor aufgrund ihres Alters, ihres Rangs, ihres Status, ihrer Erfahrung, ihres Charakters oder ihres Talents als überlegen anerkannt hatten ... Jegliche auf Hierarchie, Expertise und Reichtum gründende Autorität lief dem egalitär demokratischen Zeitgeist entgegen und wurde in den 1960er-Jahren heftig kritisiert.

Schlussfolgerungen: Unterwegs zu einer demokratischen Balance

... Al Smith, demokratischer Präsidentschaftskandidat im Wahljahr 1928, bemerkte einmal: »Das einzige, was gegen die Übel der Demokratie hilft, ist mehr Demokratie.« Unserer Analyse zufolge würde man mit dieser Kur heutzutage jedoch Öl ins Feuer gießen. Einige Probleme der Regierungsfähigkeit in den Vereinigten Staaten ergeben sich aus einem »Übermaß an Demokratie«, und zwar in eben jenem Sinne, in dem David Donald diesen Ausdruck für die Folgen der auch als »Revolution« bezeichneten Reformen unter Andrew Jackson verwendete, die seiner Meinung nach dazu beitrugen, das Land in den Bürgerkrieg zu stürzen. Was stattdessen nützt, ist eine maßvollere Demokratie.

Alan Schwarz, »Aufmerksamkeitsdefizit oder nicht, Pillen für bessere Schulleistungen«, *New York Times*, 9. Oktober 2012

CANTON, GEORGIA. – Wenn Dr. Michael Anderson einen kleinen Patienten aus einer Familie mit geringem Einkommen hat, der in der Grundschule nicht richtig mithalten kann, verschreibt er ihm in der Regel ein Hammermedikament: Adderall.

Diese Pillen sollen bewirken, dass sich Kinder mit einer Aufmerksamkeitsdefizit- und Hyperaktivitätsstörung, kurz ADHS, besser konzentrieren und ihre Impulse beherrschen können. Obwohl Dr. Anderson ihnen ADHS bescheinigt, nennt er die Störung »eine reine Erfindung« und »einen Vorwand«, um Pillen an Kinder verschreiben zu können, die in Wahrheit unter einem ganz anderen Übel leiden – schlechten schulischen Leistungen in schlechten Schulen.